

1 **Positionspapier zum Klima – Junge Grüne Schweiz**

2 **Einleitung**

3 Die Schweiz hat das im Kyoto Protokoll geforderte Ziel der Emissionsreduktion klar
4 verfehlt. Nur dank Emissionszertifikaten und wachsender Waldfläche konnte die
5 geforderte 8%-Reduktion erfüllt werden. Die effektive Reduktion beträgt jedoch nur
6 0.9%¹. Damit leistet die Schweiz ihren Beitrag zur Verhinderung der
7 Klimakatastrophe nicht. Das ist für die Jungen Grünen inakzeptabel.

8 Darum fordern die Jungen Grünen in diesem Positionspapier, dass endlich griffigere
9 Massnahmen durchgesetzt werden. Auf nationaler Ebene werden Massnahmen
10 vorgeschlagen, welche eine signifikante Emissionsreduktion im Inland zur Folge
11 haben. Auf internationaler Ebene wird ein stärkeres Engagement der Schweiz bei
12 der Ausarbeitung eines internationalen Rahmenabkommens gefordert.

13 Die Uhr tickt und gemäss den aktuellen IPCC Klimaberichten sind wir bei 5 vor 12
14 angelangt. Um die Erwärmung auf 2°C zu begrenzen, müssen die CO2-Emissionen
15 weltweit sofort drastisch gesenkt werden. Die Jungen Grünen fordern deshalb eine
16 griffige nationale und internationale Klimapolitik, welche sofort umgesetzt wird.

17 **Nationale Klimapolitik**

18 Wie aus der schweizerischen CO2-Statistik hervor geht, sind die Brennstoffe noch
19 immer für den grössten Teil der Emissionen in der Schweiz verantwortlich, dicht
20 gefolgt von den Treibstoffen. Weitere klimaaktive Emissionen haben ihren Ursprung
21 in Industriegasen, in der Landwirtschaft und in der Kehrlichtverbrennung. Um diese
22 Emissionen einzudämmen, hat die Schweiz das CO2-Gesetz erlassen. Doch die
23 Massnahmen sind zu wenig griffig.

24 Damit das Klima wirksam geschützt werden kann, muss der CO2-Ausstoss pro Kopf
25 bis 2050 auf maximal eine Tonne jährlich reduziert werden. Als Etappenziel gilt eine
26 Reduktion der Klimagase bis 2020 um 40% gegenüber 1990. Dabei gilt es die
27 Klimagase vollständig im Inland zu reduzieren.

28 Um das Klimaziel zu erreichen, fordern die Jungen Grünen Schweiz die bestehenden
29 Instrumente zu verschärfen sowie neue einzuführen. Konkret bedeutet dies:

- 30 • Die CO2-Abgabe muss bis 2020 schrittweise so stark erhöht werden, dass der
31 Mineralölverbrauch auf 60% des Niveaus von 1990 sinkt. Nach 2020 soll die
32 Importmenge gedeckelt werden. Das Importkontingent muss zudem jährlich
33 um 10% abgesenkt werden, bis das Ziel von 1 Tonne CO2 pro Person erreicht
34 ist (graues CO2 inklusive).
- 35 • Ausbau des Gebäudeprogramms auf mindestens 1 Mia. CHF jährlich, sowie
36 eine rasche Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im
37 Energiebereich (MuKE) 2014 in allen Kantonen.

¹ <http://www.infosperber.ch/Medien/Kyoto-Ziel-CO2-Gesetz>

- Bis 2020 eine jährliche Reduktion der Emissionshandelszertifikate um 10%, danach um jährlich 5%.
- Eine Abgabe auf Dreckstrom, welche die externen Kosten *vollständig* internalisiert.
- Verbot von Investitionen in fossil betriebene Kraftwerke, Verkehr sowie Förderanlagen durch die Pensionskassen (Disvestment).
- Verbot von Fracking und anderen Methoden zur Gewinnung von nicht erneuerbaren Rohstoffen zur Energieproduktion.
- Einbezug der Klimapolitik in die Raumplanung (kurze Verkehrswege, gute ÖV-Anbindung).

Die Jungen Grünen befürworten zudem die Pläne einer ökologischen Steuerreform, sofern diese als Lenkungsabgabe realisiert wird. Sie muss jedoch auch auf importierte Waren angewendet werden. Sollte die ökologische Steuerreform umgesetzt werden, müssen obige Massnahmen neu überprüft und allenfalls angepasst werden.

Weil die Schweiz immer mehr Güter importiert, exportiert sie somit auch einen grossen Teil ihres Klimaschadens. Um wirksam gegen Klimadumping durch Importprodukte vorzugehen und damit die heimische Industrie nicht durch Klimaschutzmassnahmen benachteiligt wird, braucht es einen Klimazoll auf allen Importprodukten. Dessen Höhe bemisst sich an den Abgaben einer vergleichbaren Produktion in der Schweiz. Die Mehreinnahmen sind gleichmässig an die Bevölkerung zurückzugeben (Lenkungsabgabe).

Die Jungen Grünen begrüssen die Bildungsoffensive des Bundes im Bereich Umwelt und Klima. Erfolgreiche Bildung sensibilisiert die Menschen für die Klimaproblematik. Der Klimawandel ist jedoch sehr komplex und spielt in fast alle Lebensbereiche hinein. Die Jungen Grünen fordern daher, den Klimawandel nicht nur gesondert zu betrachten, sondern als integralen Bestandteil in jedem klimarelevanten Unterricht zu behandeln.

Internationale Klimapolitik

Auch wenn die Schweiz die oben genannten Forderungen erfüllte, müssten auch die anderen Länder ihren Beitrag zur Verhinderung des Klimawandels leisten. Denn gerade weil der Klimawandel ein *globales* Phänomen ist, braucht es auch *globale* Lösungsansätze, die nur durch ein gemeinsames Handeln aller Staaten festgelegt und erfüllt werden können.

Seit der Unterzeichnung des „Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“ 1992 in Rio sind über 20 Jahre vergangen und noch immer konnte sich die Staatengemeinschaft auf keine bindenden und wirksamen Massnahmen einigen. Das Rahmenabkommen basiert auf dem Konzept der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung: Alle Staaten sind verantwortlich für den Schutz des Klimas, doch Industrienationen tragen eine besondere Verantwortung, da sie historisch gesehen mehr zum Klimawandel beigetragen haben. Da das Rahmenabkommen keinerlei Pflichten enthält, wurde 1997 das

Kyoto-Protokoll verabschiedet, welches Industrienationen dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2010 im Durchschnitt um 5.2% zu reduzieren (im Vergleich zum Niveau um 1990).

Schon damals sorgte die Tatsache, dass wichtige Treibhausgaserzeuger wie China oder Indien nicht zu diesen „Industrienationen“ zählten für Unmut, und brachte unter anderem den amerikanischen Senat dazu, das Protokoll nicht zu ratifizieren. Ausserdem sind die angestrebten 5.2% Treibhausgasreduktion ein Tropfen auf den heissen Stein. Der marktwirtschaftliche Ansatz des Protokolls sorgte des Weiteren dafür, dass sich manch reiche Staaten das Recht für mehr Treibhausgasemissionen erkaufte, anstatt diese de facto zu reduzieren.

Seit Kyoto konnte sich die internationale Gemeinschaft auf kein bindendes Instrument mehr einigen. Das Doha-Protokoll von 2012 hätte das Kyoto-Protokoll zwar ablösen sollen, wurde jedoch von zu wenigen Staaten ratifiziert, um je in Kraft zu treten.

Die Jungen Grünen Schweiz erachten es als inakzeptabel, dass auch über 20 Jahre nach Rio keinerlei globale, bindende Lösungsansätze beschlossen wurden, um dem ständig fortschreitenden Klimawandel entgegenzuwirken. An der nächsten grossen Klimakonferenz 2015 in Paris muss die Schweiz deshalb ihr diplomatisches Können, das sie schon oft in anderen Bereichen wie dem internationalen Völkerrecht und den Menschenrechten unter Beweis gestellt hat, einsetzen, um andere Staaten von der absoluten Notwendigkeit eines globalen Abkommens zu überzeugen. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem die einfache herkömmliche **Unterscheidung zwischen Industrienationen einerseits und Entwicklungsländern andererseits überdacht werden muss**. Schwellenländer, welche heute ebenfalls viel Treibhausgas erzeugen, müssen ebenfalls Verpflichtungen im Kampf gegen den Klimawandel auf sich nehmen. Auch wenn westliche Staaten eine historische Verantwortung für die Klimaerwärmung haben, führen bindende Massnahmen nur zum Erfolg wenn Staaten wie die USA, Kanada, Russland und Japan sowie die Schwellenländer Verpflichtungen eingehen. Ziel ist es, einen Kompromiss zu finden, der alle Staaten einschliesst, der aber auch (im Gegensatz zum Rahmenabkommen von 1992) endlich globale Lösungen zum Schutz des Klimas enthält. Als Beispiel für konkrete Lösungsansätze schlagen wir unter anderem die Einführung einer **internationalen CO2-Steuer für den Luft- und Schiffsverkehr** vor. Es ist inakzeptabel, dass Transportkosten immer niedriger werden, während die daraus resultierenden enormen Treibhausgasemissionen ignoriert werden. Die daraus resultierenden Gelder könnten in einen Fonds zur Unterstützung der vom Klimawandel am meisten betroffenen Länder fliessen, damit sich diese für die leider schon auftretenden Klimaveränderungen wappnen können (*Adaption*).

Das grösste Hindernis für ein internationales Abkommen ist die Schwäche der vom Klimawandel am meisten betroffenen Entwicklungsländer bei den Verhandlungen einerseits, und das „Vetorecht“ der grossen Luftverschmutzer-Staaten (ob Industrie- oder Schwellenländer) andererseits. Ohne deren Einlenken ist jedes Unterfangen gegen den Klimawandel aussichtslos. Wir verlangen deshalb, dass die Schweiz bis

123 2015 mit diesen schwächeren Ländern und mit bereits engagierten
124 Industrienationen (vor allem der EU) ein starkes Bündnis eingeht, **um mit aller Kraft**
125 **in Paris auf ein bindendes Vertragswerk zu pochen.** Die Jungen Grünen sind der
126 Meinung, dass die Schweiz als kleines, aber diplomatisch starkes Land, mit solchen
127 Allianzen die internationale Klimapolitik beeinflussen kann und muss.